Vereinbarung zur Mitgliedschaft der MST gGmbH in der kommunalen Zusatzversorgungskasse Mecklenburg-Vorpommern (ZMV)

Zwischen

der Landeshauptstadt Schwerin, im Folgenden auch als „Verkäuferin“ bezeichnet.

dem Land Mecklenburg-Vorpommern, im Folgenden auch als „Land M-V“ bezeichnet.

dem Landkreis Ludwigslust-Parchim, im Folgenden auch „Landkreis“ genannt.

und

der Stadt Parchim, im Folgenden auch „Parchim“ genannt.

wird folgende **Vereinbarung** geschlossen:

Präamel

Aufgrund der Änderung der Beteiligungsverhältnisse an der Mecklenburgisches Staatstheater Schwerin gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (nachfolgend auch als „MST gGmbH“ bezeichnet), ist die MST gGmbH nicht mehr Pflichtmitglied in der ZMV. Dies gilt entsprechend für den Zweckverband Mecklenburgisches Landestheater Parchim nach Übertragung des Geschäftsbetriebes auf die MST gGmbH. Danach wären nach der Satzung der ZMV Ausgleichsansprüche wegen des Ausscheidens aus der ZMV zum Stichtag 31.07.2016 für die MST gGmbH in Höhe von 3.025.907,00 Euro (Versicherungsmathematisches Gutachten vom 21.03.2016 der Heubeck AG) und für den Zweckverband Mecklenburgisches Landestheater Parchim in Höhe von 406.724,00 Euro fällig. Die ZMV verlangt die Stellung einer Sicherheit für diese Ansprüche und für Ansprüche, die voraussichtlich bis 31.07.2026 entstehen (MST gGmbH weitere 1.132.412,00 Euro und Zweckverband weitere 119.782,00 Euro) also insgesamt 4.684.825,00 Euro zur Begründung einer freiwilligen Mitgliedschaft der MST gGmbH für den Fall des Ausscheidens der MST gGmbH aus der ZMV (in erster Linie wegen Insolvenz der MST gGmbH).

Dies vorausgeschickt vereinbaren die Stadt Parchim, der Landkreis Ludwigslust-Parchim, die Landeshauptstadt Schwerin und das Land Mecklenburg-Vorpommern Folgendes:

1.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern übernimmt die Haftung für den Ausgleichsanspruch der ZMV bis zu einem Höchstbetrag in Höhe von 4.684.825,00

Euro zum Zwecke der Begründung der freiwilligen Mitgliedschaft der MST gGmbH (inklusive der Arbeitnehmer aus dem Zweckverband Mecklenburgisches Landestheater Parchim) in der ZMV.

Für den Fall der Inanspruchnahme des Landes Mecklenburg-Vorpommern durch die ZMV regeln die Vertragsparteien im Innenverhältnis folgende Haftungsverteilung:

Die Landeshauptstadt Schwerin haftet für den Ausgleichsanspruch bis zum 31.07.2016 bis zu 3.025.907,00 Euro.

Die Stadt Parchim und der Landkreis Ludwigslust-Parchim zu je ½ für den Ausgleichsanspruch bis zum 31.07.2016 bis zu 406.724,00 Euro.

Für den Ausgleichsanspruch der nach dem 31.07.2016 entsteht, haftet das Land Mecklenburg-Vorpommern zu 74,9 Prozent, die Landeshauptstadt Schwerin zu 10 Prozent, der Landkreis Ludwigslust-Parchim zu 10 Prozent und die Stadt Parchim zu 5,1 Prozent insgesamt bis zu 1.252.194,00 Euro. Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat so Anspruch auf anteilige Freistellung und nach Zahlung durch das Land Mecklenburg-Vorpommern an die ZMV auf anteilige Zahlung gegen die Landeshauptstadt Schwerin, den Landkreis Ludwigslust-Parchim und die Stadt Parchim entsprechend der vorstehenden Haftungsregelung.

2.

Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürften der Schriftform.

3.

Sollten Bestimmungen dieses Vertrages oder eine künftig in ihn aufgenommene Bestimmung ganz oder teilweise nicht rechtswirksam oder nicht durchführbar sein oder ihre Rechtswirksamkeit oder Durchführbarkeit später verlieren, so soll hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen des Vertrages nicht berührt werden. Das Gleiche gilt, soweit sich herausstellen sollte, dass der Vertrag eine Regelungslücke enthält. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen oder zur Ausfüllung der Lücke soll eine angemessene Regelung gelten, die, soweit rechtlich möglich, dem am nächsten kommt, was die Vertragsparteien gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck des Vertrages gewollt hätten, sofern sie bei Abschluss dieses Vertrages oder bei der späteren Aufnahme einer Bestimmung diesen Punkt bedacht hätten. Dies gilt auch, wenn die Unwirksamkeit einer Bestimmung etwa auf einem in dem Vertrage vorgeschriebenen Maß der Leistung oder Zeit (Frist oder Termin) beruht; es soll dann ein dem Gewollten möglichst nahe kommendes rechtlich zulässiges Maß der Leistung oder Zeit (Frist oder Termin) als vereinbart gelten.